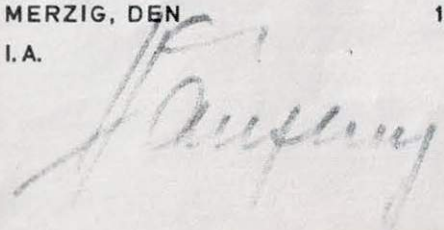


# B E B A U V U N G S P L A N

AUFTRAGGEBER:	GEMEINDE B R O T D O R F		
AMTSBEZIRK:	M E R Z I G - L A N D		
BEZEICHNUNG DER L A G E:	„ I M J U N G E N W Ä L D C H E N “		
FLUR: 1	MASSTAB:	DER LANDRAT DES KREISES MERZIG-WADERN  KREISPLANUNGSSTELLE	
ZEICHNUNG NR.	1:1000		
AUFGETRAGEN:	DATUM	NAME	MERZIG, DEN 19 I. A. 
BEARBEITET :	12.11.68	E. CARL	
GESEHEN :			
GEPRÜFT :			
ÄNDERUNGEN			
a			
b			
c			



Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960

(BBauG, I, S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ..

29. SEPT. 67 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde ..

.. durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1 Geltungsbereich

2 Art der baulichen Nutzung

2.1 Baugebiet

2.1.1 zulässige Anlagen

2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.2 Baugebiet

2.2.1 zulässige Anlagen

2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.3 Baugebiet

2.3.1 zulässige Anlagen

2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 Maß der Vollgeschosse

3.2 Grundflächenzahl

3.3 Geschosflächenzahl

3.4 Bauassenszahl

3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

4 Bauweise

5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

6 Stellung der baulichen Anlagen

7 Mindestgröße der Baugrundstücke

8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von überbaute

Grundstücksfläche Mitte bis zu 0,5 m über Grund)

9 Flächen für überdeckte Stellplätze und Garagen

sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken

10 Flächen für nicht überdeckte Stellplätze sowie

ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken

11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen

vorgesehenen Flächen

13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen,

die privatrechtlichen Zwecken dienen und

deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe,

insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.

14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind

und ihre Nutzung

15 Verkehrsflächen

16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie

der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen

17 Versorgungsflächen

18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -lei-

tungen

19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Ab-

wasser und festen Abfallstoffen

20 Grundflächen, wie Parkanlagen, Bauerwartungsland, Sport-

platz-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe

21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die

Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen

22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft

23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen zugunsten der

Allgemeinheit, eines Erschließungsstraßens oder eines

beschränkten Personenverkehrs zu belastende Flächen

24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschafts-

garagen

25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete

oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen

Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit er-

forderlich sind.

26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder

die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheb-

lich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen

Schutzflächen und ihre Nutzung

27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung

von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

SIEHE PLAN

REINES WOHNGEBIET, WR BNVO § 3

SIEHE BNVO § 3 ABS. 2)

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

# BEBAUUNGSPLAN

## - SATZUNG -

# „IM JUNGENWÄLDCHEN“ GEMEINDE : BROTDORF

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbindung mit § 2 der  
Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 233).

ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbin-  
dung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 233).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

1 Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind

2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten  
erforderlich sind

3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht

4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 3 Abs. 4 BBauG.

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

Flächenkennzeichnung

Geltungsbereich

Bestehende Gebäude

Geplante Gebäude und Art der

baulichen Nutzung

Bestehende und geplante Straßen

WR Reine Wohngebiete

WA Allgemeine Wohngebiete

MI Mischgebiete

Bestehende Grundstücksgrenzen

Geplante Grundstücksgrenzen

Baulinie

Baugrenze

Wasserleitung

Kanalleitung

GRZ/GFZ Geschoszahl, I = zwingend, II = Höchstgrenze

Grundflächenzahl, Geschosflächenzahl

Garage u. Einfahrten



Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf

Kindergarten

Kirche

Schule

Verw. Gebäude

Grünflächen

GÄRTEN u. VORGÄRTEN

SCHUTZPFLANZUNG

Verkehrsflächen

Öffentl. STRASSEN u. WEGE

Flächen f. Versorgungsanlagen

Umformierung

Flächen für die

Landwirtschaft u.

Forstwirtschaft

mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen

zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall., Hochap.)

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG, ausgelegt von 11.1.1971 bis zum 3.2.1971

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG, als Satzung, vom Gemeinderat am 10.9.1971 beschlossen.

BROTDORF, den 10.11.1971

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG, genehmigt

SAARLAND

Der Minister des Innern

- Oberste Landesbaubehörde -

LA-7-3409172 km/yo

Saarbrücken, den 16. Mai 1972

In Auftrag

Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG, wurde am 26. Mai 1972

BROTDORF, den 20.7.1972

Der Bürgermeister